

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 05.07.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:08 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende: Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr A. Schachtschneider	CDU	
Frau Heike Wießner	CDU	ab 16.15 Uhr anwesend
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	von 16.00-16.15 Uhr anwesend, Unterbrechung, von 17.15-17.30 Uhr anwesend
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	ab 16.05 Uhr anwesend
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Herr Uwe Kramer		
Frau Helga Schubert		ab 16.10 Uhr anwesend
Herr Leonhard Dölle		
Frau Beate Gellert		

Beratende Mitglieder

Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle
Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt
Herr Rene Moses	Humanist. RV
Frau Janice Windisch	Kinder- und Jugendrat
Frau Katharina Brederlow	Amtsleiterin
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter

Entschuldigt fehlen:

Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Vertreter anwesend
-----------------------	-----	--------------------

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Frau Antje Klotsch
Frau Kerstin Masur (Vertreter auch entschuldigt)

Beratende Mitglieder

Frau Ilona Hackel	
Herr Dr. Hendrik Kluge	
Frau Tatjana Privorozkaja	
Frau Carola Messerschmidt	
Frau Anja Pohl	
Frau Carmen Wiebach	
Herr Richter Bruno Glomski	
Frau Susanne Wildner	Verwaltung
Herr Mirko Petrick	Verwaltung

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Sprechstunde für Kinder und Jugendliche auf. Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde sofort wieder geschlossen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte die Tagesordnung fest. Diese wurde ohne Änderungen bestätigt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.06.2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Investitionsplanung im Rahmen der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3 Jährige - Krippenausbauprogramm
Vorlage: V/2012/10803
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen

- 8.1. Bericht zum Fundraising
Berichterstattung, Frau Leonhardt, Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V.
- 8.2. Fortschreibung zur Psychiatrieplanung, hier: jugendrelevanter Bereich
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Themenspeicher
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.06.2012

Die Niederschrift vom 07.06.12 wurde genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), teilte mit, dass es in der nicht öffentlichen Sitzung am 07.06.12 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gab.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Investitionsplanung im Rahmen der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3 Jährige - Krippenausbauprogramm Vorlage: V/2012/10803

Frau Schöps, Ressortleiterin Jugendamt, sprach an, dass im April 2010 durch den Stadtrat die Einrichtungen und Finanzierungssummen für Investitionen aus dem Krippenausbauprogramm bereits beschlossen worden sind. Für die Kita „Heideröschen“ wurde eine Umwidmung der für die Kita „Traumland/Sausewind“ bewilligten Mittel beantragt. Im „Heideröschen“ sollen bauliche Umbauten stattfinden und das Projekt muss bis zum 31.12.2013 umgesetzt sein.

Es handelt sich hierbei um eine Summe in Höhe von 960.000 €. Auf Grund eines Rechenfehlers wurde heute ein Austauschblatt verteilt mit Korrektur der Summe (alt 960.500, jetzt 960.000 €).

Weiterhin soll es für die Kita der Laurentiusgemeinde eine Aufstockung der bereits bewilligten Mittel in Höhe von 40.000 € geben (auch hier im Austauschblatt Korrektur; alt: 40.500, jetzt 40.000 €). Das Programm des Bundes geht bis 2013, die Mittel werden ausgeschöpft, die hierfür zur Verfügung gestellt worden sind. Sie bat um Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen.

Es gab keine Anfragen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass für die Kindertageseinrichtung des städtischen Eigenbetriebes Kindertagesstätten „Heideröschen“ am Standort Heidestraße 13 die im Rahmen der o. g. Richtlinie zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von **960.000** Euro für Investitionen genutzt werden können.
2. Darüber hinaus beschließt der Stadtrat, dass für die Kindertageseinrichtung der Laurentiusgemeinde eine zusätzliche Fördersumme in Höhe von **40.000** EUR aus dem Bundesprogramm zur Verfügung gestellt wird

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), teilte mit, dass sie erst vorhatte, heute im JHA einen Dringlichkeitsantrag der IG KITA einzubringen in Bezug auf die KiFöG-Novelle. Da das Jugendamt zu einem Termin eingeladen hat, zu dem eine Stellungnahme gemeinsam erarbeitet werden soll, stellt sie diesen Antrag heute nicht. Sie dankt der Verwaltung für die Einbeziehung der Träger und die Möglichkeit hier eine gemeinsame Erarbeitung einer Stellungnahme anzugehen.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) teilte mit, dass heute im Jugendamt die Unterlagen zum KiFöG eingegangen sind. Sie wies darauf hin, dass die Anfrage zu einer Stellungnahme nicht an das Jugendamt sondern die Gemeinde gerichtet ist.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) teilte mit, dass es im Amt eine Neusortierung der Mitarbeiter und Standorte gegeben habe. Es gibt jetzt nur noch zwei sozialpädagogische Ressorts und 1 Leistungsressort (UVG, KITA-Ermäßigung,

Unterhalt/Vaterschaft; Amtsvormundschaften) sowie 1 Ressort Kinderschutz und Kita neu gebildet wurde. Diese Struktur geht den Mitgliedern und Fraktionen in Kürze zu.

zu 8.1 Bericht zum Fundraising Berichterstattung, Frau Leonhardt, Freiwilligenagentur Halle- Saalkreis e.V.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), begrüßte von der Freiwilligenagentur Frau Leonhardt, welche zum „Fundraising“ berichten wird.

Frau Leonhardt, Freiwilligen-Agentur Halle, berichtete über die Aufgaben und Ziele der Fundraisingberatung. Sie verteilte Material hierzu an die Mitglieder. Es gab 31 Beratungen/Prozesse gesamt, davon waren 6 nur Vorgespräche. Es gibt 23 abgeschlossene Prozesse (14 erfolgreich; 7 mit Ablehnung; 2 ohne Rückmeldung) und 2 laufende Prozesse.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob zu Förderprogrammen auch bspw. vom BUND sich Jedermann hierzu beraten lassen kann?

Antwort Frau Leonhardt, dass es mehr um die Beratungen kleiner Projekte geht, die großen Projekte kennen sich aus.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ob mehr Projekte für Kinder und Jugendliche beraten werden wollen?

Antwort Frau Leonhardt, dass es zwei Projekte gibt, die auf Kinder bezogen sind (DKSB und Villa Jühling). Die meisten Projekte richten sich an Jugendliche ab 16 Jahre, der Focus liegt weniger auf Kinderprojekte.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu den Fördermittelkosten durch die Stadt, diese sind aber nicht für Personalkosten?

Antwort Frau Leonhardt, dass die Beratung durch sie selbst erfolgt und auch dafür keine Personalkosten notwendig sind.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Ausführungen von Frau Leonhardt.

zu 8.2 Fortschreibung zur Psychiatrieplanung, hier: jugendrelevanter Bereich

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), begrüßte vom Gesundheitsamt die Amtsleiterin, Frau Dr Gröger, die Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Frau Dr Haring und Herrn Rasom, Dipl.-Psychologe und Leiter des Teams Kinder und Jugendliche. Sie sprach an, dass heute unter Mitteilungen zur Thematik informiert wird und kurze Anfragen zugelassen sind.

Frau Dr Haring teilte mit, das die Psychiatrieplanung der Stadt Halle (Saale) erstmalig im Jahr 2000 erfolgte und seitdem in den Jahren 2002, 2006 und jetzt 2012 eine Fortschreibung erfolgte.

Herr Dipl.-Psych. Rasom erläuterte den kinder- und jugendrelevanten Bereich in der psychiatrischen Versorgung und untersetzte seine Ausführungen mit Zahlenmaterial zu Studien bei 16 - 21-jährigen. So waren im Jahr 2011 in Halle bei den 0-18jährigen (30.717) bei 5.529 Kindern und Jugendlichen eine Diagnostik (ca. 18%) erfolgt und bei 1.536 (ca. 5%) ein dringender Handlungsbedarf zu sehen. In den medizinischen Hilfen – stationäre Versorgung für Kinder und Jugendliche gab es im Jahr 2010 fünfzig Betten, davon 4 fakultativ geschlossene Plätze; 12 tagesstationäre Betten; 18 Patienten mit psychol.- und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen. Im Jahr 2010 wurden stationär 342 und in der Tagesklinik 108 Kinder und Jugendliche betreut. Eine Notarztversorgung ist möglich. Die Kooperationsvereinbarung zwischen Halle und Merseburg ist seit dem 01.12.2011 nicht mehr existierend. In Halle gibt es keine geschlossenen Plätze für Kinder und Jugendliche. Das St. Elisabeth/St. Barbara Krankenhaus verfügt über eine psychiatrische Institutsambulanz und ein sozialpädiatrisches Zentrum. Hier werden überregional ambulante Leistungen für Kinder und Jugendliche angeboten. Allein im Jahr 2010 wurden über die Institutsambulanz insgesamt 1471 Fälle betreut. Seit dem Jahr 2006 gibt es das Projekt „Klaro“ des DPWV, welches sich an Kinder und Jugendliche richtet, für die die „Kluft“ zwischen stationärem Aufenthalt und herkömmlichen Hilfesettings der Jugendhilfe zu groß ist. Hier wird ein „therapeutisches Wohnen“ angeboten. Hier stehen 8 Plätze zur Verfügung. Es gibt 22 psychologische Psychotherapeuten, die eine Genehmigung zur Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen haben, wovon nur 7 tatsächlich mit Klientel bis 21 Jahre arbeitet. Er sprach an, dass es erfolgreiche und nicht erfolgreiche Hilfen gibt. Es ist zu erwarten, dass im ambulanten und stationären Bereich ein Ärztemangel nicht auszuschließen ist. Ab dem kommenden Schuljahr gibt es keine Diagnostik für Lernen und Sprachen in der 1. Klasse mehr, diese Entscheidung hält er für sehr bedenklich.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wie mit Eltern zusammen gearbeitet wird, was ist, wenn Eltern sich verweigern?

Herr Dipl.-Psych. Rasom antwortete, dass ca. 35% der Eltern eine „normale Einstellung“ zur psychologischen Begleitung und Arbeit haben. Es erfolgt eine systemische Arbeit, wenn Gesundheitsstörungen bei Kindern und Jugendlichen deutlich werden wird das Jugendamt informiert.

Anfrage Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), zu den erwähnten Zahlen von Psychotherapeuten, welche sich mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Es wurden im Land Sachsen-Anhalt immer wieder Psychologen zugelassen, besteht hier nicht die Möglichkeit, dass neu zugelassene Ärzte oder Therapeuten eine Auflage erhalten, prozentual auch Kinder und Jugendliche behandeln zu müssen?

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, antwortete, dass die kassenärztlichen Zulassungen erreicht sind, es gibt keine weiteren Zulassungen. Ihre Fraktion hat eine Anfrage im Stadtrat zu dieser Unterversorgung gestellt.

Herr Dipl.-Psych. Rasom antwortete, dass die 22 zugelassenen Ärzte/Therapeuten mit den Erwachsenen voll ausgelastet sind. Die therapeutische Annäherung an Kinder und Jugendliche ist etwas schwieriger.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum bundesweiten Projekt „Babylotse plus“ – ist das Jugendamt hierüber informiert? Es sollen hierfür Mittel in den Kommunen ankommen.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) teilte mit, dass ihr hierzu noch nichts bekannt ist.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Standort des Jugendamtes in der Schopenhauer Straße. Laut Gerüchten soll dieser Standort aufgegeben werden, was ist da dran?

Antwort Frau Brederlow, dass es Überlegungen gibt, bestimmte Bereiche zu konzentrieren und besser zu vernetzen, Stichwort „Sozialrathaus“. Dies würde die Bereiche Allgemeine Verwaltung und Leistungsbereich betreffen. Die sozialpädagogischen Teams gehören dorthin wo sie sind. Zum Standort kann noch nichts gesagt werden, langfristig muss etwas gesucht werden.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Besetzung im Jugendamt. Aktuell hat sich die ehem. Sozialraumkoordinatorin Frau Engelhardt verändert.

Antwort Frau Brederlow, dass die Stellenbesetzung aus der neu erstellten Übersicht, die noch zugeht, ersichtlich ist.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu dem im Amtsblatt veröffentlichten Artikel zu Kita-Investitionen.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) antwortete, dass in diesem Artikel sehr ungünstig Darstellungen erfolgten, die so nicht den Tatsachen entsprachen. Er gab das Wort an den Sozialplaner Herr Weiske hierzu.

Herr Weiske, Sozialplaner, antwortete, dass der Anlass einen anderen Kontext hatte. Es ging um die Investitionen 2012 und folgende Jahre. Für das Amtsblatt wurde dies aufgegriffen und fehlinterpretiert. Leider wurde vor der Veröffentlichung der Artikel nicht an das Dezernat gegeben, dann wäre eine Korrektur vor der Veröffentlichung erfolgt. Es ging darum, wie viel in KITA's investiert wird und was über das Programm „Stark III“ laufen wird. Richtigerweise muss es heißen: statt Kinderkrippen – Zahl der Kinder im Krippenkinderalter und statt Kindergärten – Zahl der Kinder im Kindergartenalter. Die Übersicht zu den Investitionen wird der Niederschrift angehängen.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum gestrigen Unterausschuss, an welchem sie entschuldigt fehlte. Hier war die Vorstellung HzE als Controllingverfahren. Gibt es auch im JHA hierzu eine Vorstellung?

Antwort Frau Brederlow, dass dies nicht für den Jugendhilfeausschuss vorgesehen ist sondern nur für den UA Jugendhilfeplanung bestimmt war. Die Präsentation geht morgen den Fraktionen zu.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), zur Situation Inklusion, wie gehen wir damit um? Die Horterzieherinnen melden jetzt schon Überlastung an. Der Betreuungsschlüssel ist zu gering. Es ist zu erwarten, dass für diese Kinder große Gruppen

nicht geeignet sind und das Personal nicht geschult ist, um mit diesen Kindern entsprechend arbeiten und umgehen zu können.

Antwort Frau Brederlow, dass es ein Gesetz und einen gesetzlichen Anspruch gibt. Die Stadt bedient den Mindestbetreuungsschlüssel. Es kommen sicher mehr Schüler in den Grundschulen an, aber das muss erst diagnostiziert werden. Die Vereinbarung, die zwischen Kultus und Sozialministerium getroffen worden ist, geht zu Lasten Dritter. Es wird davon ausgegangen, dass die Gemeinden dagegen klagen werden. Dazu wird im JHA informiert werden, wenn Näheres bekannt ist. Es sind über 100 Kinder, die es auch für die Ferienzeit betrifft, sind dem Amt bekannt. Die sind versorgt. Der Personalschlüssel wird nicht höher gesetzt.

Herr Kogge sprach an, dass es aus der Sozialagentur die Mitteilung gibt, dass die Kosten für die Elternbeiträge nicht mehr übernommen werden. Die Stadt überlegt, den Klageweg zum Betreuungsschlüssel für diese Kinder einzulegen. Problem ist dabei, dass dies nicht flächendeckend gemacht werden kann, das ist Landesaufgabe. Er richtet hier auch die Bitte an die LIGA, sich hierzu klar mit den Städten zu positionieren und klar zu sagen, was benötigt wird.

zu 10 Themenspeicher

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass der Themenspeicher für das II. Halbjahr derzeit ergänzt wird und mit den Unterlagen für den nächsten Ausschuss zugesendet wird. Im September werden aus dem Stadtrat verwiesene Dinge auf der Tagesordnung stehen. Es stehen der Quartalsbericht zu HzE und Kita an und zur Thematik KiFöG und Inklusion wird informiert werden. Sie bat darum, dass auch aus dem JHA heraus zu gewünschten Themen Vorschläge kommen.

Herr Trömel, DIE LINKE., bat darum, dass zur Thematik BuT Schulsozialarbeit nach einem halben Jahr berichtet werden sollte.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), beendete um 17.30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Tobias Kogge
Beigeordneter für Jugend, Schule,
Sport, Soziales und kulturelle Bildung

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke
Protokollführerin